



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung durch Hebammen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Hebammenleistungen einzusetzen.

Insbesondere muss auf eine Erhöhung der Vergütung der Hebammen unter Berücksichtigung der sehr hohen Beiträge für die Berufshaftpflichtversicherung hingewirkt werden. Darüber hinaus sind konkrete Anreize zu setzen, um für freiberuflich tätige Hebammen die Praxisgründung gerade im ländlichen Raum interessant zu gestalten.

Begründung:

Die Betreuung durch Hebammen in der Geburtsvorbereitung, ebenso wie während und nach der Geburt, ist ein wichtiger Bestandteil der Versorgung der Bevölkerung. Insofern ist es besorgniserregend, wenn sich immer weniger Hebammen in eigener Praxis niederlassen wollen, weil sie Haftungsrisiken und geringe Einnahmen fürchten. Die klassische Geburtshilfe scheint ernstlich gefährdet.

Vor diesem Hintergrund sind dringend konkrete Maßnahmen geboten. Die Aussage im Koalitionsvertrag „die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen“ sollen „beobachtet“ werden, wird u.E. der Bedeutung dieses Themas in keiner Weise gerecht.